

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/40

Bonn, den 2. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Begegnung von Freunden</u> Zum Besuch des Bundeskanzlers Willy Brandt in Großbritannien	38
2	<u>S P Ö V Ö R N</u> Wahlablösung in Österreich - Das Ergebnis der Parlamentswahlen	43
3 - 4	<u>Wirrwarr in der Alterssicherung</u> Bestimmungen aus der Zeit der ständestaatlichen Gedankenwelt Von Karl Weishäupl, MdL, Bayern	66
5	<u>L O N D O N - B E L G R A D</u> Verbesserung der Beziehungen angestrebt Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	46

Begegnung von Freunden

Zum Besuch des Bundeskanzlers Willy Brandt in Großbritannien

sp - Mit Ehren, wie sie bisher keinem deutschen Politiker zuteil wurden, wird Willy Brandt als deutscher Bundeskanzler anlässlich seines dreitägigen Besuches in Großbritannien bedacht werden. Er erhält nicht nur die Doktor-Würde der ehrwürdigen Universität Oxford, eine der reichsten Geistesstätten Europas, er wird auch vor beiden Häusern des britischen Parlaments, dem Unterhaus und dem Oberhaus, sprechen - eine Auszeichnung, die nur wenigen verliehen wird; darin drückt sich das große Vertrauen aus, das Willy Brandt durch sein Leben und Wirken erworben hat.

Vergessen wir nicht: Zweimal in diesem Jahrhundert lieferten sich Deutsche und Engländer blutige Schlachten, waren sie in Verirrungen verstrickt, die heute im Zeitalter neuer bestimmender Weltmächte geradezu anachronistisch anmuten. Heute geht es nicht mehr um die Vorrangschafft in Europa zwischen Deutschen, Engländern und Franzosen. Heute geht es darum, daß sich dieses Europa auf sich selbst besinnt und die Kraft und die Fähigkeit entwickelt, bestehen zu können in einer Welt voller Konflikte und großer Gefahren.

Wie soll dieses Europa aussehen, wie soll es sich als eigenständige Kraft im Spiel und im Ringen der Weltmächte zur Geltung bringen?

Die Römischen Verträge und die darauf fußende Europäische Gemeinschaft setzen einen verheißungsvollen Anfang. Die EWG ist heute ein Faktor, an dem niemand mehr vorbeigehen kann. Ihre wirtschaftliche Leistung findet wohl kaum ein Beispiel in der übrigen Welt. Doch die EWG ist nicht Europa, sie kann nur ein Torso sein, solange Großbritannien und andere beitrittswillige Länder ihr nicht angehören. Die Bundesrepublik Deutschland wünscht und fördert, soweit es in ihren Kräften liegt, die Mitarbeit Großbritanniens bei der Entwicklung Europas; sie hält sie für unerlässlich. Man kann heute davon ausgehen, daß Beitrittsverhandlungen noch im Sommer dieses Jahres beginnen werden.

Um Verständnis für die Ost- und Deutschlandpolitik der von ihm geführten Regierung braucht Bundeskanzler Willy Brandt in Großbritannien nicht erst zu werben. Die Ostpolitik paßt sich fugenlos in die britischen Bemühungen ein, den Frieden auf diesem Kontinent sicherer zu machen.

In Willy Brandt finden sie einen verständnisvollen Partner. Seine Gespräche mit führenden Politikern Großbritanniens behandeln ein weites Feld und sie unterstreichen den Rang, der heute den deutsch-britischen Beziehungen zukommt.

+ + +

S P Ö V O R N

Wachablösung in Österreich - Das Ergebnis der Parlamentswahlen:

sp - Der Wahlsieg der österreichischen Sozialdemokraten ist sicher mehr als der Ausdruck einer vorübergehenden Sympathiebezeugung. Erste Wahlanalysen zeigen deutlich, daß sich nicht nur große Teile der jungen Wählerschaft, sondern auch Klein- und Mittelbauern der SPÖ zugesandt haben. Die Österreichische Volkspartei, die mit einem sicheren Sieg gerechnet hatte, mußte erkennen, daß sich der demokratische Sozialismus heute nicht mehr als Bürgerschreck eignet. Auch der sehr hintergründige Versuch, einen Mann wie Dr. Bruno Kreisky, den heute unbestrittenen Führer der Sozialdemokratie, als einen "nicht ganz richtigen Österreicher" darzustellen, ist gescheitert.

Die SPÖ hat sich im Wahlkampf von diesen sehr hinterwäldlerischen Parolen nicht beirren lassen. Seit mehr als zwei Jahren bereitete sie in Zusammenarbeit mit jungen Wissenschaftlern, Wirtschaftsexperten und anderen Fachleuten ein Programm vor, das in der Forderung gipfelte, Österreich müßte endlich ein moderner Staat werden. Das Wahlergebnis - sieben Mandate Gewinn für die Sozialdemokraten, sieben Mandate Verlust für die Volkspartei - bestätigte die Richtigkeit dieser Zielsetzung.

Bedeutsam ist die Feststellung, daß sich der Klerus auch diesmal im Wahlkampf, von einigen Ausnahmen abgesehen, neutral verhalten hat. Ohne Zweifel wirkte sich dies zugunsten der Sozialdemokraten aus, war man doch bei früheren Wahlen gewohnt, daß besonders in den ländlichen Gebieten der Klerus die Volkspartei offen begünstigte.

Hier zeigen sich also ganz deutlich zwei Tendenzen, die in ihrer Wechselwirkung bestimmend für den Wahlausgang gewesen sein dürften: Eine moderne Sozialdemokratie, die unter Führung von Dr. Kreisky den Dogmatismus des alten Austro-Marxismus überwinden konnte, und ein Verhalten des Klerus, das auch dem gläubigen Katholiken die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten ermöglichte.

Nachdem führende Persönlichkeiten von SPÖ und ÖVP erklärt haben, daß sie nicht die Absicht hätten, eine Koalitionsregierung mit der sogenannten Freiheitspartei, die ihren Bestand von 6 Mandaten halten konnte, zu bilden, darf man wohl wieder mit einer Regierung der Großen Koalition rechnen. Kreisky hat jedoch bereits betont, er werde dafür sorgen, daß die Regierungs- und Parlamentstätigkeit für den Bürger transparent sein müsse und daß er nicht daran denke, zu einer Proporzdemokratie zurückzukehren, die 1966 ein nicht sehr rühmliches Ende gefunden hatte.

Am Rande sei noch vermerkt, daß die Kommunisten buchstäblich aufgerieben wurden. Von ihrem früheren vier-Prozent-Stimmenanteil blieben ihnen nur noch 0,3 Prozent. Auch dies zeigt, daß eine moderne Sozialdemokratie jeder Art von kommunistischer Propaganda überlegen ist.

+ + +

Wirrwarr in der Alterssicherung

Bestimmungen aus der Zeit der ständestaatlichen Gedankenwelt

Von Karl Weishäupl, MdL Bayern

In unseren Pensionsversorgungs- und Rentenversicherungssystemen herrscht ein heilloser Wirrwarr von Bestimmungen aus der Zeit der ständestaatlichen Gedankenwelt. Die SPD strebt deshalb ein vereinfachtes und leistungsfähiges System der gesetzlichen Rentenversicherung an, das dem Sicherheitsbedürfnis aller Staatsbürger gerecht wird und jedem eine entsprechende Grundsicherung garantiert. Die Verwirklichung eines solchen Systems setzt aber voraus, daß leistungsschwache Versicherungsträger im Interesse der Versicherten bereit sind, sich zusammenzuschließen bzw. in einer größeren Organisation aufzugehen. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik in den nächsten Jahren.

Weitgehend ist heute noch alles nach berufsständischen Gesichtspunkten organisiert: Beamtenversorgung, Angestelltenversicherung, Arbeiterrentenversicherung (neben der für das ganze Bundesgebiet zuständigen Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gibt es 18 Landesversicherungsanstalten für Arbeiter). Dazu kommen die knappschaftliche Rentenversicherung, die Bundesbahnversicherungsanstalt für die Arbeiter der BB und die Seekasse für Seeleute. Es bestehen die Versorgungsanstalt für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie zahlreiche Institutionen der betrieblichen Altersversorgung. Mehrere Gruppen von Selbständigen und Freiberuflichen haben eigene Versorgungsmöglichkeiten, den Landwirten stehen nicht weniger als 19 Alterskassen zur Verfügung.

Eine große Zahl von freiberuflich Tätigen ist gesetzlich von einer Pflichtversicherung entweder in der Angestelltenversicherung oder in landesgesetzlichen Versorgungseinrichtungen erfaßt. Darüber hinaus gibt es noch die Versorgungswerke der Bundes- und Landtagsabgeordneten.

Entsprechend uneinheitlich ist die Finanzierung der verschiedenen Arten von Versorgungseinrichtungen: Die Beamtenpensionen werden nach dem Umlageverfahren aus allgemeinen Steuermitteln finanziert; die

Leistungen der gesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherungen stammen aus Versicherungsbeiträgen und veränderlichen Bundeszuschüssen im Umlageverfahren; die Finanzierung der Altershilfe für Landwirte erfolgt nur zu einem kleineren Teil durch Beiträge, in der Hauptsache aber aus Bundesmitteln; die Mittel für die Handwerkerversicherung kommen aus einheitlichen Beiträgen der Handwerker, zum Teil auch aus der allgemeinen Arbeitnehmersversicherung und aus Bundeszuschüssen; die Leistungen der berufsständischen Versorgungseinrichtungen werden nur aus Beiträgen der Aktiv-Mitglieder aufgebracht; die Mittel für die Altersversorgung der Abgeordneten stammen aus monatlichen Prämien der Abgeordneten und aus Staatszuschüssen; die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung werden aus betrieblichen Rückstellungen finanziert.

Diese Trennung der Versicherten nach sozialen Gruppen ist eine der Ursachen für die Krise der Rentenversicherungen, weil das ganze System mit dem Strukturwandel der Gesellschaft nicht Schritt gehalten hat. Beispiele dafür sind der Trend, aus Arbeitern Angestellte zu machen (jährlich etwa 80.000), der Rückgang der Mitgliederzahlen bei den knappschaftlichen Rentenversicherungen sowie das Abnehmen der Handwerksbetriebe.

Die Zersplitterung der Rentenversicherungen zieht außerdem für die Betroffenen nicht selten schwer zu lösende Probleme nach sich: Ein Arbeitnehmer, der sich selbständig macht, muß z.B. aus der gesetzlichen Rentenversicherung ausscheiden, sofern er nicht die Möglichkeit hat, sich freiwillig weiter zu versichern.

Modelle, die eine Vollversicherung im Rahmen der gesetzlichen Altersversicherung anstreben, gehen davon aus, daß die Versicherten nach 50 Versicherungsjahren eine Rente in Höhe von 75 Prozent ihres Gehalts erhalten. Diese theoretische Versicherungsdauer ist bereits jetzt unrealistisch. Sie wird in Zukunft durch die längere Berufsausbildung und die Herabsetzung des Pensionsalters noch seltener erreicht werden. Gegenwärtig stellt die gesetzliche Rentenversicherung meist nur eine Grundsicherung dar. Nicht selten liegt sie unter dem Lebensminimum.

+ + +

L O N D O N - B E L G R A D

Verbesserung der Beziehungen angestrebt

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

In der letzten Woche weilte der jugoslawische Ministerpräsident Mitja Ribičić in Großbritannien. Allein die Tatsache, daß es sich dabei um den ersten hohen jugoslawischen Besuch in London nach Titos Churchill-Visite im Jahre 1953 handelt, spricht dafür, daß es mit den jugoslawisch-britischen Beziehungen nicht gut bestellt ist. Einen wesentlichen Teil der Schuld trägt der jugoslawische Kampf gegen den Kolonialismus, der die Entfaltung der Beziehungen bis zum Jahre 1966 gehemmt hat.

Mangelnde Übereinstimmung in Fragen des Vietnamkrieges und der Nahost-Krise wird durch eine sehr schlechte wirtschaftliche Zusammenarbeit ergänzt: Nur fünf Prozent jugoslawischer Exporte gehen nach Großbritannien; diese bestehen wiederum nur zu einem Fünftel aus Industriewaren. Statt die Käufe auf diesem für Belgrad besonders interessanten Sektor wenigstens schrittweise zu erhöhen, hat Großbritannien im Kampf um eine bessere Zahlungsbilanz den Bezug von Schuhen zum Beispiel sogar noch eingeschränkt, so daß in Wirklichkeit von einer Stagnation gesprochen werden muß. Nur vier Prozent der jugoslawischen Importe aus Großbritannien bestehen aus Investitionsgütern, was darauf hinweist, daß das britische Angebot auch für Jugoslawien nicht gerade verlockend ist; während Jugoslawien von den Staaten des westeuropäischen Kontinents bereits rund 175 Lizenzen erworben hat, sind es nur etwa 20 aus Großbritannien.

Eine wichtige Aufgabe des Ribičić-Besuches bestand darin, durch Vorbereitung eines langfristigen Handelsabkommens den Warenaustausch auf das Doppelte, also eine Gesamtsumme von rund 260 Millionen \$ in beiden Richtungen, zu erhöhen, ein Ziel, das in Belgrad für durchaus real gehalten wird. Die besten Möglichkeiten bieten sich da vor allem auf dem Sektor der industrieller Kooperation, vor allem auf dem Chemiesektor - bisher besteht eine solche Kooperation lediglich mit den slowenischen Motorfahrzeugwerken IMV in Novo Mesto, wo der Versuch gemacht wird, den britischen "Austin" nachzubauen.

Unzufrieden ist Jugoslawien im Übrigen auch mit der Tatsache, daß von jährlich 3,5 Millionen britischen Touristen nur 250.000 Jugoslawien besuchen.

Dennoch wird dem Ribičić-Besuch in London in Belgrad ein großer politischer Wert beigelegt, denn die britische Präsenz im Mittelmeer dient der Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts in diesem für Jugoslawien kritischen Raum. Nachdem Jugoslawien bisher nur einen einzigen - potenten und auch willigen Partner gefunden hat, nämlich die Bundesrepublik Deutschland, ist man in Belgrad natürlich daran interessiert, auch hier gewisse Gegengewichte zu setzen, um die einseitige Abhängigkeit Jugoslawiens von den Interessen und Möglichkeiten Bonnens wenigstens etwas zu mildern.

Ministerpräsident Ribičić sprach zu diesem Zweck eine Einladung an den Premier Wilson und an die Prinzessin Margarethe aus, unterhielt sich jedoch auch mit den Führern der politischen Opposition.